



Dr. Stefan Kaufmann

19/2015
09.11.2015

Brief aus Berlin

CDU

Liebe Leserinnen und Leser,

ungeachtet der aktuellen Debatte über die Steuerung und Begrenzung der Flüchtlingsströme (dazu mehr auf Seite 2) werden wir schon bald auch eine Diskussion über eine geregelte Zuwanderung in Mangelberufe führen müssen. In Deutschland fehlen Facharbeiter, Handwerkslehrlinge, Krankenschwestern, Altenpfleger usw. Wie anders dagegen die Diskussion in Japan, das ich dieser Tage besucht habe: Das Thema Fachkräftezuwanderung ist dort trotz eines prognostizierten Bevölkerungsrückgangs von 127 auf 100 Millionen bis 2050 tabu. Der absehbare Fachkräftebedarf soll durch Roboter gedeckt werden, die Menschen pflegen und füttern, Gebäude bewachen oder Waren verkaufen. Es entspricht der japanischen Mentalität, dass alles, was technisch machbar ist, auch umgesetzt wird. Ein unbändiger Fortschrittsglaube und eine riesige Technikoffenheit prägen das Land. Wenngleich ich mir hierzulande ein großes Stück dieser Technikoffenheit und auch des Vertrauens in Wissenschaft und Forschung wünsche, so bin ich doch froh darüber, dass unsere Politik nicht ein „harmonisches Miteinander von Mensch und Roboter“ zum Ziel hat, sondern auf den Menschen und die Zuwanderung von Fachkräften setzt. Es ist daher bei allen Schwierigkeiten und Herausforderungen, die mit der aktuellen Flüchtlingskrise verbunden sind, wichtig, dass wir bei der Integration der Menschen in unser Bildungssystem fest die Chancen im Blick behalten – und dabei die Unternehmen mit in die Verantwortung nehmen. Wir sind ein starkes Land. Und wenn wir es richtig anstellen, werden wir langfristig auch profitieren. Davon bin ich überzeugt.

Es grüßt Sie herzlich

Ihr

Impressum:

Dr. Stefan Kaufmann MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030/227-72494
Fax: 030/227-76228
www.stefan-kaufmann.de

E-Mail:
stefan.kaufmann@bundestag.de

Gesetz zur Sterbebegleitung – geschäftsmäßige Sterbehilfe künftig verboten



Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, während seiner Rede im Plenum © Deutscher Bundestag

Berlin – Nach der Orientierungsdebatte im November des vergangenen Jahres (Brief aus Berlin 18/2014), der Fortsetzung der Plenarberatungen im Juli dieses Jahres (Brief aus Berlin 13/2015) sowie unzähligen Gesprächen aller Kolleginnen und Kollegen in den Wahlkreisen haben wir am Freitag, 6. November, abschließend über die vorliegenden Gesetzentwürfe zur Sterbebegleitung abgestimmt. Wie die Plenardebatten zuvor war auch die Debatte am Freitag von einer großen Ernsthaftigkeit getragen und vom Bemühen, diese schwierige ethische Frage angemessen und mit Rücksicht auf die unterschiedlichen Haltungen zu regeln. Mein Fraktionskollege Michael Brand, einer der Initiatoren des letztlich beschlossenen Gesetzentwurfs und Vorsitzender des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, verdeutlichte in der abschließenden Debatte den gesetzgeberischen Handlungsbedarf angesichts des Aufkommens geschäftsmäßig agierender Anbieter von Suizidassistenten. Einen geschäftsmäßigen Umgang mit Suizidbeihilfe gelte es zu stoppen und dabei eine Kriminalisierung von Ärzten wirkungsvoll auszuschließen. Dies werde durch den von ihm und seiner Gruppe von Abgeordneten vorgelegten Gesetzentwurf erreicht. Füh-

rende deutsche Palliativmediziner und weitere in diesem Gebiet maßgebliche Institutionen wie der Deutsche Hospiz- und Palliativverband, die Deutsche Palliativstiftung oder auch die Bundesärztekammer hätten den Entwurf ausdrücklich unterstützt und forderten eine Regelung der Sterbebegleitung durch den Deutschen Bundestag. Die Bundesärztekammer habe ungewohnt deutlich mitgeteilt, dass es durch die vorgeschlagene gesetzliche Regelung nicht zu einer Kriminalisierung von Ärzten komme. Der Entwurf ziehe eine präzise Trennlinie zwischen Ärzten, „die in schweren Situationen nach ihrem Gewissen handeln und anderen, die es darauf anlegen, geschäftsmäßig, mit Absicht und auf Wiederholung angelegt, die Suizidbeihilfe zu fördern“. Die SPD-Abgeordnete Kerstin Griese, eine Mitinitiatorin des fraktionsübergreifenden Gesetzentwurfs, sagte: „Wir wollen unter Strafe stellen, wenn jemand mit der Absicht der Selbsttötung geschäftsmäßig handelt – das heißt auf Wiederholung angelegt und im Mittelpunkt seiner Tätigkeit.“ Der Gesetzentwurf sei ein Weg der Mitte, betonte Griese. Auch der Fall, in dem ein Arzt im ethisch begründeten Einzelfall dem Patienten hilft, aus dem Leben zu scheiden, bleibe straffrei. Bundesgesundheitsminister Gröhe unterstützte den Entwurf und betonte: „Ich bin der Meinung, es ist richtig, dass unsere Rechtsordnung zum Drama der Selbsttötung schweigt. Und deswegen bin ich auch dafür, dass wir an der Straffreiheit der individuellen Selbsttötungs-

beihilfe insgesamt festhalten – ohne ein Sonderstrafrecht für irgendeine Berufsgruppe. [...] Aber es ist eine völlig unterschiedliche Situation, ob ein zur Selbsttötung entschlossener Mensch mit einer anderen Person über mögliche Unterstützungshandlungen redet oder ob Vereine einem unbegrenzten Adressatenkreis dies gleichsam als Dienstleistung anbieten.“ Unser Fraktionsvorsitzender Volker Kauder unterstrich in der Aussprache, bei dieser schwierigen Entscheidung sei jeder Abgeordnete selbst gefordert. Er warb dafür, die unterschiedlichen Positionen zu respektieren. Es solle nicht der Suizid verboten werden. Auch gebe es „keinen Anspruch, dass ein anderer beim Sterben hilft“. Sterbende zu begleiten und nicht alleine zu lassen sei eine ständige Herausforderung unseres täglichen Lebens. Der Gesetzentwurf der Gruppe um Michael Brand (CDU), Kerstin Griese (SPD), Kathrin Vogler (Linke) und Harald Terpe (Grüne) und 206 weiterer Abgeordneter, zu denen ich auch zählte, erhielt in der abschließenden Abstimmung 360 von 602 Stimmen. 233 Kolleginnen und Kollegen lehnten ihn ab, neun enthielten sich. Mit dem neuen Paragraph im Strafgesetzbuch geschaffen, der die geschäftsmäßige Suizidbeihilfe unter Strafe stellt. Davon betroffen sind Vereine, Organisationen und Einzelpersonen, die mit oder ohne gewerbsmäßige Absicht Suizidassistenten anbieten. Ihnen droht bei einer Verurteilung eine Geld- oder Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren. Angehörige oder dem Suizidwilligen nahestehende Personen, die im Einzelfall handeln, sind von der Strafandrohung ausgenommen.

Brief aus Berlin

Hospizgesetz verabschiedet – Palliativversorgung wird gestärkt

Berlin – In großer Einmütigkeit haben wir am Donnerstagvormittag, 5. November, das Gesetz zur Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung in Deutschland verabschiedet. Die Koalitionsfraktionen sowie die Grünen stimmten dem Gesetz zu. Die Linke enthielt sich zwar, würdigte das Gesetz aber auch als sinnvoll. Mit dem Hospizgesetz setzen wir eine Vereinbarung des Koalitionsvertrages um. Darin waren wir mit unserem Koalitionspartner einig: „Zu einer humanen Gesellschaft gehört das Sterben in Würde. Wir wollen die Hospize weiter un-

terstützen und die Versorgung mit Palliativmedizin ausbauen.“ Auch vor dem Hintergrund der abschließenden Beratungen über die Gesetzentwürfe zur Sterbegleitung am folgenden Freitag war es vielen Kolleginnen und Kollegen und mir selbst wichtig, dass wir die Hospiz- und Palliativversorgung nachhaltig stärken und patientengerecht und flächendeckend ausbauen. In unserer alternativen Gesellschaft wird sie immer wichtiger. Schwer kranke und alte Menschen sollen besser und individueller betreut werden, um ihre Schmerzen zu lindern und ihnen

Ängste zu nehmen. Der Wunsch nach Sterbehilfe soll möglichst gar nicht erst entstehen. Mein Kollege Hubert Hüppe sprach in diesem Zusammenhang in der Debatte von einem wichtigen Beitrag zur Suizidprävention. Gefreut habe ich mich darüber, dass die unschätzbar wertvolle und wichtige Arbeit der rund 80.000 Ehrenamtlichen bei der Betreuung von Menschen in der letzten Lebensphase fraktionsübergreifend gewürdigt wurde. Als sehr positiv empfunden habe ich, dass an diesem Gesetz über die Fraktionsgrenzen hinweg konstruktiv zusammenge-

arbeitet wurde. Das tut bei allem harten politischen Streit in anderen Fragen gut: wenn es um solche Grenzfragen unseres Lebens geht, tritt der parteipolitische Streit in den Hintergrund. Folglich hat Bundesgesundheitsminister Gröhe das Gesetz in der Debatte als gutes „Gemeinschaftswerk“ gewürdigt – auch wenn auf diesem Gebiet weiter geforscht und gelernt werden müsse.

Die wesentlichen Regelungen des Gesetzes sowie weiterführende Informationen hat das Bundesministerium für Gesundheit hier zusammengestellt: <http://bit.ly/1RyxPkM>

Flüchtlings- und Asylfrage weiterhin bestimmendes Thema – Zweites Asylpaket kommt

Berlin – Die Flüchtlings- und Asylpolitik stand auch in der vergangenen Sitzungswoche ganz oben auf der Agenda. Nach den Gesprächen der Parteivorsitzenden am Sonntag, die ein gemeinsames Papier von CDU und CSU zum Ergebnis hatten, haben wir in unserer Fraktionssitzung am Dienstag mit der Bundeskanzlerin und dem CSU-Vorsitzenden Horst Seehofer über die nächsten Schritte gesprochen. Insgesamt bestand unter den Kolleginnen und Kollegen eine große Einigkeit darüber, dass das Papier die Sorgen der Bevölkerung, die wir alle aus vielen Gesprächen in unsere Beratungen nach Berlin mitnehmen, aufgreift. Am Donnerstag kamen die Vorsitzenden der Koalitionsparteien zu einem erneuten Treffen

Das Positionspapier von CDU und CSU: <http://bit.ly/1WBsxeV>

Der Beschluss der Parteivorsitzenden von CDU, CSU und SPD: <http://bit.ly/1RYNDNU>

lere Verfahren, ein einheitlicher Ausweis und eine verschärfte Residenzpflicht für Asylbewerber sowie eine Datenbank für Asylbewerber und Flüchtlinge. Die geplanten Schnellverfahren für Asylbewerber mit geringer Bleibeperspektive (zum Beispiel aus

Flughafenverfahren ausgestaltet und innerhalb von einer – bei Einlegung von Rechtsmitteln: drei – Wochen abgeschlossen werden. Stattfinden werden diese beschleunigten Verfahren in besonderen Aufnahme-Einrichtungen, von denen bundesweit drei bis fünf geschaffen werden sollen. In diesen gilt für die Bewerber eine verschärfte Residenzpflicht; Zuwiderhandlungen haben das Ruhen des Asylantrags und bei Wiederholung die sofortige Ausweisung zur Folge. Die gesetzlichen Voraussetzungen für den Flüchtlingsausweis, die Datenbank und die Aussetzung des Familiennachzugs für Antragsteller mit subsidiärem Schutz werden wir noch in diesem Jahr schaffen. Auch wenn

Kompromiss kommen dafür die erwähnten „besonderen Aufnahme-Einrichtungen“ für Bewerber mit geringer Bleibeperspektive –, bedeutet die Einigung der Parteispitzen im Ergebnis die schärfsten Asylrechts-Regelungen, die es in Deutschland je gab. Im Ergebnis konnte die Union die meisten Punkte aus ihrem Positionspapier gegenüber der SPD durchsetzen. Von der grün-roten Landesregierung in Baden-Württemberg erwarte ich nun, dass sie die notwendigen und sinnvollen Maßnahmen mitträgt und sich nicht aus ideologischen Gründen sperrt.

Wegbegleiter für arabischsprachige Flüchtlinge

Um arabischsprachigen Flüchtlingen bei ihren ersten Schritten in unserem Land zu helfen, hat die Konrad-Adenauer-Stiftung gemeinsam mit dem Verlag Herder einen Wegbegleiter verfasst. Auf Arabisch und Deutsch fasst er wesentliche Informationen über Deutschland zusammen, die Neuanrücklingen helfen, unser Land besser zu verstehen.

Mehr Informationen zum Wegbegleiter, der kostenfreien App und der Bestellmöglichkeit: <http://bit.ly/1RyUddQ>

Flüchtlingspolitik – wie es weitergeht:

- **Einheitliche Registrierung mit Ausweis und zentraler Datenbank**
- **Schnellere Verfahren für Bewerber mit geringer Bleibeperspektive**
 - Zentrale Aufnahmeeinrichtungen
 - Residenzpflicht am Ort des Verfahrens
 - Rückführung direkt aus den Aufnahmeeinrichtungen
- **Instrumente gegen Missbrauch**
 - ärztlicher Atteste bei Abschiebungen

zusammen. Darin haben sich die Parteivorsitzenden auf ein weiteres Asylpaket verständigt: dazu gehören unter anderem schnell-

sicheren Herkunftsländern, mit Wiedereinreiseperrre oder ohne Mitwirkungsbereitschaft) sollen in Anlehnung an das bewährte

nun durch den Widerstand der SPD die von CDU und CSU geforderten Transitzone zunächst nicht eingeführt werden – als

Brief aus Berlin

Wanderausstellung des Deutschen Bundestags im Haus der Katholischen Kirche



Zusammen mit Msgr. Dr. Christan Hermes bei der Ausstellungseröffnung

Stuttgart – Auf meine Anregung hin hat der Deutsche Bundestag vergangene Woche in einer Wanderausstellung auf Schautafeln und Computerterminals alle wesentlichen Informationen über den Bundestag gezeigt. Informationsmaterial lag zur Mitnahme bereit. Als Gastgeber konnten wir die Ka-

tholische Kirche gewinnen: die Ausstellung fand im Haus der Katholischen Kirche in der Königstraße statt. Gemeinsam mit Stadtdekan Msgr. Dr. Christan Hermes habe ich die Ausstellung am vergangenen Montag eröffnet. In seinem Grußwort ging der Stadtdekan auf den von ihm mitinitiierten „Rat der Religio-

nen“ in Stuttgart ein und betonte die Notwendigkeit eines klaren Bekenntnisses zu unserer verfassungsmäßigen Ordnung für alle hier in Stuttgart praktizierenden Glaubensgemeinschaften. Auch in diesem Zusammenhang zeige die Katholische Kirche die Ausstellung sehr gerne. Herzlichen Dank für die Gastfreundschaft!

Besuch im Atelier von Mina Gampel



Stuttgart – In Stuttgart-Ost habe ich vorvergangenes Wochenende das Atelier der Stuttgarter Malerin Mina Gampel be-

sucht. Mina Gampel verbrachte ihr Leben in Weißrussland, Polen, Israel und in Deutschland. Seit 1993 ist sie Dozentin an der Kunstakademie Esslingen. Ihre eigenen Werke beschäftigen sich im impressionistischen Stil zentral mit der untergegangenen jüdischen Welt Osteuropas. Aber auch Blumenmotive und zunehmend abstraktere Werke sind Teil ihres Schaffens. Herzlichen Dank für die Einladung!

Gedankenaustausch mit „Ohne Rüstung leben e.V.“

Stuttgart – Im Stuttgarter Westen habe ich mich mit Vertretern des Vereins „Ohne Rüstung leben e.V.“ zum Gedankenaustausch getroffen. Das Thema ist mit Blick auf die Bekämpfung von Fluchtursachen derzeit besonders aktuell. Trotz mancher unterschiedlicher Meinungen bestand Einigkeit über die Bedeutung klarer Exportregeln – und der wichtigen Rolle einer verstärkten Entwicklungshilfepolitik zur Ver-



hinderung kriegerischer Konflikte. Die Bundesregierung berichtet dem Bundestag im Übrigen jedes Jahr ausführlich über die deutschen Waffenexporte. Den aktuellen Bericht finden Sie hier: <http://bit.ly/1iFzEk1>

Besuch der Anne-Frank-Schule



Stuttgart – Sehr gerne habe ich die Klasse 10b an der Anne-Frank Real- und Gemeinschaftsschule in Stuttgart-Möhringen besucht. Hoch motivierte Schülerinnen

und Schüler haben mich mit privaten und politischen Themen gelöchert. Zuvor habe ich mich mit der Schulleiterin Beate Müller über das Gemeinschaftsschul-Konzept in Baden-Württemberg ausgetauscht. Vielen Dank auch an den Fachlehrer Holger Viereck für den freundlichen Empfang und die gute Vorbereitung!

Besuch der AZUR SPACE Solar Power GmbH

Heilbronn – Vorvergangene Woche habe ich die AZUR SPACE Solar Power GmbH in Heilbronn besucht. Die Firma ist Weltmarktführer bei der Herstellung von 30%-Solarzellen auf Galliumarsenid-Basis für die Raumfahrt. Ein Fachgebiet, in dem im Südwesten bereits umfangreich geforscht wird, etwa am Fraunhofer IAF in Freiburg, das ich vor einigen Wochen ebenfalls besucht habe. Unser Ziel muss sein, die nächste Generation an Hochleistungs-



Mit Geschäftsführer Jürgen Heizmann (rechts) im Reinraum des Unternehmens

Halbleitern – dann wohl auf Galliumnitrid-Basis – großflächig in Deutschland zu produzieren. Herzlichen Dank für die Einladung und den Einblick in die Produktion!

Besuch der Staatsministerin für Kultur und Medien Prof. Monika Grütters MdB in Stuttgart



Zusammen mit Sabine Kurtz MdL, Staatsministerin Monika Grütters MdB und Dr. Donate Kluxen-Pyta (von links)

Stuttgart – Vorletzten Donnerstag hat die Staatsministerin für Kultur und Medien, Monika Grütters, auf meine Einladung hin Stuttgart besucht. Auf dem Programm standen ein Gespräch

mit Leitern bedeutender Stuttgarter Kulturinstitutionen in der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst sowie ein Besuch der Kirche St. Katharina und des Gustav-Siegle-Hauses (mit Bix Jazzclub). Für die Sanierung beider Objekte gibt der Bund auf meine Anregung hin

Geld aus dem Etat der Staatsministerin. Mit dabei waren auch meine Landtagskollegin und kulturpolitische Sprecherin Sabine Kurtz sowie unsere Landtagskandidatin für Stuttgart-Mitte, Dr. Donate Kluxen-Pyta. Herzlichen Dank für den Besuch.

Brief aus Berlin

Im Zeichen von Wissenschaft und Forschung: mein Besuch in Toyko



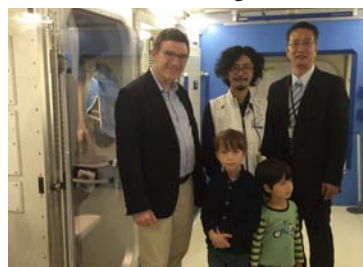
Zusammen mit dem japanischen Staatssekretär für Bildung, Jugend, Sport, Forschung und Technologie, Todani

Tokyo – Auf Einladung des japanischen Instituts für Kernfusion in Naka war ich in einer der beiden sitzungsfreien Wochen für fünf Tage zu Gast in Japan. Höhepunkte waren ein Besuch des im Bau befindlichen Forschungsreaktors JA60-SA, eine Führung durch das Museum für die Wissenschaften der Zukunft und Innovation und

ein Gespräch mit dem Staatssekretär für Bildung, Jugend, Sport, Forschung und Technologie, Todani. Mein Fazit: Japan ist (auch wegen der rasanten Entwicklung in anderen Südostasiatischen Staaten, China voran) in den letzten Jahren etwas aus dem Blickfeld der deutschen Politik gerückt – etwas wie in mancher langjährigen Ehe, die gut funktioniert, der aber auch



Mit einer Forscher-Delegation im Innern des Reaktorbaus.



Mit Museumsdirektor (rechts) und den Kindern von Botschaftsreferent Höllein auf Museumstour in einem Modul der Raumstation ISS

neue Impulse fehlen. Das ist bedauerlich. Den mit Japan und den Japanern verbindet uns vieles. Ich habe noch kein Land erlebt, das so gut organisiert ist und das so von Höflichkeit, Respekt, Perfektionismus, Sicherheit und Verlässlichkeit geprägt ist. Vor allem aber bietet Japan im Bereich der Elektronik, der Robotik, der Batterietechnik,

der Fahrzeugtechnik oder auch der Halbleitertechnik absolute Spitzenleistungen und ist damit ein geradezu natürlicher Partner für uns – beispielsweise bei der Speichertechnologie oder der Entwicklung des autonomen Fahrens. Ich werde mich daher in den kommenden Monaten intensiv für verstärkte Forschungs-, Wissenschafts- und Industrie-Kooperationen zwischen Deutschland und Japan einsetzen. Und auch für einen verstärkten Schüler- und Studierendenaustausch. Denn eines ist auch klar: die Abschottungsstrategie insbesondere der großen traditionellen Unternehmen Japans, die negativ auf die internationale Mobilität japanischer Studierender durchschlägt, kann auf Dauer nicht aufgehen.

Interview in der Landesschau



Mit Moderator Jürgen Hörig nach der Sendung

Stuttgart – Anlässlich der Fa-

miliensynode in Rom waren mein Mann Rolf Pfander und ich bereits am 19.10. gemeinsam in der Landesschau Baden-Württemberg zu Gast. Es ging natürlich auch um unsere Segnungsfeier im Mai und Fragen zur Haltung der CDU beim Thema Gleichstellung. Hier noch der Link zum Nachschauen: <http://bit.ly/1LGEwkz>

Schirmherrschaft beim Benefizkonzert



Stuttgart – Sehr gerne hatte ich die Schirmherrschaft für das Benefizkonzert des Kna-

benchors collegium iuvenum Stuttgart (CIS) zugunsten des Vereins DermaKIDS übernommen, der sich um sog. Schmetterlingskinder und deren Familien kümmert. Danke an die rund 450 Besucher des tollen Konzerts in St. Elisabeth in Stuttgart-West für immerhin 2.210 Euro Spenden!

Österreichischer Botschafter in Stuttgart



Mitarbeiter der Flüchtlingsunterkunft erzählen von ihrer Arbeit

Stuttgart – Am 20.10. war der österreichische Botschafter, Dr. Nikolaus Marschik, und der Honorarkonsul Österreichs, Dr. Koller, (rechts und links von mir) in Stutt-

gart zu Gast. Nach einem Frühstück haben wir zusammen die Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge im Stuttgarter Nordbahnhof-Viertel besucht. Die Einrichtungsleiterin, Brigitte John-Onyeali (2.v.l.), kenne ich schon aus meinen Silbenbucher Zeiten. Danke für die Möglichkeit zum Austausch! Österreich spielt eine zentrale Rolle bei der Lösung der Flüchtlingskrise im europäischen Kontext. Ende des Jahres werden voraussichtlich rund 85.000 Flüchtlinge in Österreich Asyl beantragt haben.

Besuch bei der Katholischen Hochschulgemeinde



Stuttgart – Ganz in der Nähe meines Wahlkreisbüros trifft sich regelmäßig die Katholische Hochschulgemeinde unter Leitung von Pfarrer Matthias Haas.

Gerne habe ich mit den Studierenden aus verschiedenen Stuttgarter Hochschulen über Hochschul- und Wissenschaftspolitik gesprochen. Dabei standen vor allem soziale Fragen und das BAföG im Vordergrund. Aber auch die aktuelle Flüchtlingspolitik und Fragen der Integration von Flüchtlingen in unser Bildungssystem waren Teil der Diskussion.